



WIRTSCHAFTSTREUHÄNDER  
**PROF DR THOMAS **KEPPERT****  
 WIRTSCHAFTSPRÜFUNG GMBH  
 WIRTSCHAFTSPRÜFER UND STEUERBERATER

1060 WIEN, THEOBALDGASSE 19  
 TELEFON: +43 1 587 85 77 - 0 FAX: DW 85  
 E-MAIL: OFFICE@KEPPERT.AT HTTP://WWW.KEPPERT.AT

## **KLIENTENINFO**

### **Ausgabe 5/2005**

Inhaltsverzeichnis:

<b>1</b>	<b><u>ABGABENÄNDERUNGSGESETZ 2005 - DIE GEPLANTEN NEUEN STEUERÄNDERUNGEN</u></b>	<b>1</b>
<b>2</b>	<b><u>STEUER-SPLITTER</u></b>	<b>2</b>
<b>3</b>	<b><u>STEUERTIPPS ZUM JAHRESENDE</u></b>	<b>3</b>

### **1 Abgabenänderungsgesetz 2005 – die geplanten neuen Steueränderungen**

Anfang Oktober hat Finanzminister Grasser den Entwurf eines Abgabenänderungsgesetzes 2005 zur Begutachtung vorgelegt. Folgende wichtige Änderungen sind vorgesehen:

#### **Einkommensteuer:**

- **Lohnnachzahlungen** in einem Insolvenzverfahren werden derzeit in dem Monat besteuert, in dem sie zufließen. Künftig sollen sie zur Progressionsmilderung auf die einzelnen **Kalendermonate aufgeteilt** werden, für die sie geleistet werden.
- Die derzeitige Einkommensteuermäßigung für **Sanierungsgewinne** (bzw Gewinne aus einem Schuldnerlass) soll ab 2006 auch für **Privatkonkurse** gelten. Überdies soll es bei betrieblichen Insolvenzen für die Steuerermäßigung nicht mehr notwendig sein, dass der Betrieb fortgeführt wird. Weiters sind **Verbesserungen bei der Verlustverrechnung** geplant (100%ige Verrechnung von Sanierungsgewinnen bzw Gewinnen aus einem Schuldnerlass mit Verlustvorträgen).  
**Tipp:** Demnach könnte es zB ratsam sein, in Fällen von Liquidationsausgleichen (bei denen es zu keiner Betriebsfortführung kommt) die Zahlung von Ausgleichsraten auf Zeitpunkte nach dem 31.12.2005 zu verschieben, um in den Genuss der günstigeren neuen Rechtslage zu kommen.

#### **Körperschaftsteuer:**

- Unbeschränkt steuerpflichtigen **ausländischen Kapitalgesellschaften**, wie zB der in Österreich schon sehr verbreiteten englischen „Limited“, soll künftig auch **Mindestkörperschaftsteuer** vorgeschrieben werden.

#### **Umgründungen:**

- Hier sind ua massive Verschlechterungen bei den sogenannten „unbaren Entnahmen“ iZ mit Umgründungen (Betriebseinbringungen) in Kapitalgesellschaften (zB GmbH's) geplant. Unbare Entnahmen sind Verbindlichkeiten gegenüber dem einbringenden Unternehmer, die in die Einbringungsbilanz eingestellt und in der Folge steuerfrei aus der Kapitalgesellschaft entnommen werden können. Die maximale Höhe der unbaren Entnahme soll reduziert werden. Weiters soll die Auszahlung mit 25% KESt besteuert werden. Wenn die Verbindlichkeit verzinst oder die Auszahlung der Verbindlichkeit durch einen Bankkredit finanziert wird, sollen die Zinsen nicht abzugsfähig sein. Die geplanten Änderungen sollen für Umgründungen gelten, die nach dem 31.1.2006 beim Firmenbuchgericht bzw Finanzamt angemeldet werden.

Die Gesetzgebung bleibt abzuwarten. Über die endgültige Fassung des Abgabenänderungsgesetzes werden wir in der nächsten Klienten-Info berichten.

Hinweis: Wir haben die vorliegende Klienten-Info mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt, bitten aber um Verständnis dafür, dass sie weder eine persönliche Beratung ersetzen kann noch dass wir irgendeine Haftung für deren Inhalt übernehmen können.

## 2 Steuer-Splitter

### 2.1 Steuerliche Maßnahmen zur Hochwasserkatastrophe

Das **Hochwasseropferentschädigungs- und Wiederaufbau-Gesetz 2005** wurde am 28.9.2005 mit folgenden steuerlichen Maßnahmen beschlossen:

- **Investitionsbegünstigungen für hochwasserbedingte Ersatzbeschaffungen in der Zeit vom 1.7.2005 bis 31.12.2006:**

	Vorzeitige Abschreibung	Investitionsprämie für ESt-Pflichtige	Investitionsprämie für KöSt-Pflichtige
Gebäude (Beginn Bauausführung im begünstigten Zeitraum)	12%	5%	3%
Bewegliche Wirtschaftsgüter	20%	10%	5%

- **Herabsetzung der Steuervorauszahlungen 2005** ist für Geschädigte **bis 31.10.2005** möglich
- **Befreiungen** von Gebühren (zB für als Folge einer Katastrophe notwendige Kredit- oder Mietverträge oder für die Neuausstellung von Urkunden) und von der Schenkungssteuer (für Spenden an Katastrophenopfer)

### 2.2 Erhöhung des Pendlerpauschales und des Kilometergeldes

Am 28.9.2005 wurde im Parlament im Hinblick auf die stark gestiegenen Treibstoffkosten eine **Erhöhung der Pendlerpauschalen** um 10 % sowie eine **Erhöhung des Kilometergeldes** beschlossen. Die neuen Werte betragen:

einfache Wegstrecke	Kleines Pendlerpauschale ab 1.1.2006 - pa	Großes Pendlerpauschale ab 1.1.2006 -pa
ab 2 km	0 €	270 €
ab 20 km	495 €	1.071 €
ab 40 km	981 €	1.863 €
ab 60 km	1.467 €	2.664 €

Kilometergeld <sup>*)</sup>	alt	neu
für Motorfahräder und Motorräder mit einem Hubraum bis 250 cm <sup>3</sup>	0,113 €	0,119 €
für Motorräder mit einem Hubraum über 250 cm <sup>3</sup>	0,201 €	0,212 €
für Personen- und Kombinationskraftwagen	0,356 €	0,376 €
für mitbeförderte Personen	0,043 €	0,045 €

- \*) Die Erhöhung des Kilometergeldes ist am 28.10.2005 (Tag nach der Kundmachung im BGBl) in Kraft getreten.

### 2.3 Option zur Steuerwirksamkeit von internationalen Schachtelbeteiligungen

Bei internationalen Schachtelbeteiligungen (Anteilsbesitz von mindestens 10% seit mehr als einem Jahr) sind bei der Mutterkapitalgesellschaft anfallende Veräußerungsgewinne steuerfrei bzw – als Kehrseite der Medaille – Veräußerungsverluste sowie Teilwertabschreibungen steuerlich nicht absetzbar. Ein Muttergesellschaft, die aus einer internationalen Schachtelbeteiligung **Verluste erwartet und diese steuerlich absetzen will**, kann durch eine ausdrückliche Option zur Steuerpflicht auf die **Steuerfreiheit verzichten**. Muttergesellschaften, die nach dem 31.12.2000 in das Firmenbuch eingetragen wurden und auf die Steuerfreiheit verzichten wollen, müssen diesen Verzicht für jede einzelne Beteiligung spätestens in einer Beilage zur **Körperschaftsteuererklärung 2004** erklären. Muttergesellschaften, die vor dem 31.12.2000 in das Firmenbuch eingetragen wurden, haben diese Entscheidung erst mit Abgabe der Steuererklärung 2006 zu treffen.

### 2.4 Neue Lehrlingsprämie ist beim AMS zu beantragen

Wie bereits in der letzten Klienten-Info angekündigt, wird die Einstellung von **zusätzlichen Lehrlingen** seit dem 1.9.2005 durch Zuschüsse gefördert. Der Zuschuss beträgt 400 € monatlich im ersten, 200 € monatlich im zweiten und 100 € monatlich im dritten Lehrjahr, wenn der Gesamtstand der Lehrlinge in

den einzelnen Jahren höher ist als zum 31.12.2004. Die Förderung ist beim AMS zu beantragen. Voraussetzung ist ein Beratungsgespräch beim AMS über den dort gemeldeten Lehrling.

## 2.5 Neue Anmeldefristen bei der Sozialversicherung

Die im Sozialbetrugsgesetz 2004 vorgesehene Verkürzung der Anmeldefrist bei der Sozialversicherung (bis spätestens 24 Uhr des Tages der Arbeitsaufnahme) ist bisher nicht wirksam geworden. Mit dem am 19.10.2005 im Parlament beschlossenen Sozialversicherungsänderungsgesetz 2005 wurden die Anmeldebestimmungen nochmals verschärft. Künftig muss der Dienstgeber einen **neuen Dienstnehmer spätestens bei Arbeitsantritt anmelden**, wobei zunächst folgende Mindestangaben erforderlich sind (Mindestangaben-Anmeldung): Dienstgeberkontonummer, Name, Versicherungsnummer, Ort und Tag der Beschäftigungsaufnahme. Innerhalb von sieben Tagen ist wie bisher eine vollständige Anmeldung zu erstatten. Ab 1.1.2006 soll für die Neuregelung im Burgenland ein Feldversuch laufen, ab 1.1.2007 soll sie österreichweit gelten.

## 2.6 Erweiterung der Umsatzsteuerpflicht für ärztliche Gutachten ab 1.10.2005

Umsätze aus der Tätigkeit als Arzt sind unecht von der Umsatzsteuer befreit. Nach bisheriger Auffassung der Finanzverwaltung zählte die Erstattung von ärztlichen Gutachten (auch wenn sie im Auftrag eines Dritten erstellt wurden) ebenfalls zur umsatzsteuerfreien Tätigkeit als Arzt. Aufgrund eines EuGH-Urteils im Jahr 2003 hat die Finanzverwaltung nach langen Diskussionen nunmehr festgelegt, dass die Honorare aus der Erstellung der nachfolgend angeführten Gutachten **ab 1.10.2005 umsatzsteuerpflichtig** sind:

- ärztliche Gutachten für Zwecke eines Anspruches nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz
- ärztliche Gutachten für zivil- und strafrechtliche Haftungsfragen
- ärztliche Gutachten über ärztliche Kunstfehler
- ärztliche Gutachten, um Anhaltspunkte zu gewinnen, die für oder gegen einen Antrag auf Zahlung einer Invaliditätspension sprechen.

Für folgende Leistungen sind bereits seit 1.1.2001 20% Umsatzsteuer in Rechnung zu stellen und abzuführen:

- ärztliche Untersuchungen über die pharmakologische Wirkung eines Medikaments beim Menschen und die dermatologische Untersuchung von kosmetischen Stoffen
- psychologische Tauglichkeitstests zur Berufsfindung
- auf biologische Untersuchungen gestützte Feststellung einer anthropologisch-erbbiologischen Verwandtschaft

Fallen Vorsteuerbeträge in Zusammenhang mit diesen umsatzsteuerpflichtigen Leistungen an, können diese selbstverständlich abgezogen werden. Nicht eindeutig zuordenbare Vorsteuerbeträge können nach dem Verhältnis der steuerfreien Umsätze zu den steuerpflichtigen Umsätzen aufgeteilt werden. Beträgt der Gesamtumsatz eines Jahres (aus ärztlicher Tätigkeit, Gutachtenstätigkeit und sonstigen umsatzsteuerlich relevanten Einkünften, wie zB Vermietungstätigkeit) nicht mehr als 22.000 € („Kleinunternehmer“), können die oben angeführten Leistungen dennoch steuerfrei belassen werden. In diesem Falle darf aber auch keine Umsatzsteuer in der Rechnung ausgewiesen werden.

## 3 Steuertipps zum Jahresende

Alle Jahre wieder empfiehlt es sich, rechtzeitig vor dem Jahresende einen Steuer-Check zu machen: Wurden auch alle Möglichkeiten legaler steuerlicher Gestaltungen wirklich genutzt und nichts übersehen? Denn am 31. Dezember ist es jedenfalls zu spät!

<b>Steuertipps für Unternehmer</b>	erle- digt ✓
<p>Abgesehen von den alljährlich wiederkehrenden Steuertipps, wie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Halbjahresabschreibung</b> für Investitionen, die noch kurz vor dem Jahresende getätigt werden;</li> <li>• Möglichkeit der Sofortabsetzung von Investitionen mit Anschaffungskosten bis € 400 (exklusive USt) als <b>geringwertige Wirtschaftsgüter</b>;</li> <li>• Steuersparen durch <b>Vorziehen von Aufwendungen</b> und <b>Verschieben von Erträgen</b> bei Bilanzierern bzw <b>Vorziehen von Ausgaben</b> und <b>Verschieben von Einnahmen</b> bei Einnahmen-Ausgaben-Rechnern,</li> </ul> <p>möchten wir Sie vor allem auf folgende Steuersparmöglichkeiten hinweisen:</p>	<p>✓</p> <p>✓</p> <p>✓</p>
<p><b>Investitionen – Ersatzbeschaffung im Zusammenhang mit Hochwasserschäden des Sommers 2005</b></p> <p>Für katastrophenbedingte Ersatzbeschaffungen ab 1.7.2005 gibt es – wie oben bereits ausgeführt – eine neue <b>vorzeitige Abschreibung</b> (bei Gebäuden 12%, bei sonstigen Wirtschaftsgütern 20%). Alternativ zur vorzeitigen Abschreibung kann eine <b>Investitionsprämie</b> in Anspruch genommen werden. Diese beträgt bei Ersatzbeschaffung von Gebäuden 5% (für Körperschaften nur 3%) und bei sonstigen Wirtschaftsgütern 10% (für Körperschaften nur 5%).</p>	<p>✓</p>
<p><b>Übertragung aufgedeckter stiller Reserven</b></p> <p><b>Natürliche Personen</b> können nach wie vor die im Zuge des Ausscheidens von Altanlagen <b>aufgedeckten stillen Reserven</b> auf <b>Ersatzinvestitionen</b> übertragen oder einer <b>Übertragungsrücklage</b> zuführen. Voraussetzung ist allerdings, dass das ausgeschiedene Wirtschaftsgut bereits mindestens sieben Jahre zum Anlagevermögen des Betriebes gehört hat (bei Liegenschaften 15 Jahre). Diese Fristen gelten bei Ausscheiden infolge höherer Gewalt (wie zB Katastrophen) oder (drohendem) behördlichen Eingriff nicht.</p> <p>Für Kapitalgesellschaften wurde diese Begünstigung ab 2005 abgeschafft.</p>	<p>✓</p>
<p><b>Wertpapierdeckung von Abfertigungs- und Pensionsrückstellungen nicht vergessen</b></p> <p>Sofern in den Jahren 2002 bzw 2003 nicht von der steuerfreien Auflösung der <b>Abfertigungsrückstellung</b> Gebrauch gemacht wurde, müssen die zum 31.12.2004 gebildeten steuerlichen Abfertigungsrückstellungen (im Ausmaß von 45% - bzw 60% für Dienstnehmer ab 50 - der fiktiven Abfertigungsansprüche der zu diesem Stichtag beschäftigten Mitarbeiter) <b>zum 31.12.2005 durch Wertpapiere in Höhe von 20 % des steuerlichen Rückstellungsbetrages</b> gedeckt sein. Ab 1.1.2006 sinkt das Deckungserfordernis auf 10% der steuerlichen Rückstellung zum 31.12.2005. Eine Aufstockung zum Jahresende 2005 kann insoweit unterbleiben, als mit 1.1.2006 infolge des auf 10% reduzierten Deckungserfordernisses ohnedies wiederum eine Abstockung der Wertpapierdeckung möglich wäre.</p> <p>Für die am 31.12.2004 ausgewiesene steuerliche <b>Pensionsrückstellung</b> beträgt die erforderliche Wertpapierdeckung zum 31.12.2005 unverändert 50% (soweit nicht die ab 1991 beginnende Aufstockungsregelung auf 20 Jahre zur Anwendung kommt).</p>	<p>✓</p>
<p><b>Steuerbegünstigung für nicht entnommene Gewinne</b></p> <p>Die <b>begünstigte Besteuerung nicht entnommener Gewinne</b> von Personenunternehmen bis zu einem <b>Höchstbetrag von 100.000 € pro Jahr</b> und Betrieb (bzw Person) kann eine jährliche Steuerersparnis von bis zu 25.000 € bringen. Leider sind Freiberufler und Einnahmen-Ausgaben-Rechner davon ausgenommen.</p> <p><b>TIPP:</b> Um die Begünstigung optimal zu nutzen, sollten alle Einzelunternehmer und Personengesellschaften rechtzeitig ihren <b>voraussichtlichen Gewinn 2005 hochrechnen</b> und die bisherigen Entnahmen (zu denen auch die privaten Steuerzahlungen gehören!) feststellen. Das Gewinn- bzw Entnahmeoptimum ist dann erreicht, wenn die Begünstigungsgrenze von 100.000 € voll ausgeschöpft wird: Liegt der voraussichtliche Gewinn 2005 unter 100.000 €, sollte daher nach Möglichkeit im Jahr 2005 nichts entnommen werden (was allerdings wohl nur dann geht, wenn man von anderen Einkünften oder privaten Finanzreserven leben kann); bei einem voraussichtlichen Gewinn von über 100.000 € sollte der diesen Höchstbetrag übersteigende Gewinn zwecks Schaffung privater Reserven für die Zukunft noch vor Jahresende entnommen werden.</p>	<p>✓</p>

<p><b>Entnahmeverhalten bei im Vorjahr beanspruchter Steuerbegünstigung für nicht entnommene Gewinne beachten!</b></p> <p>Wenn Sie bereits im Jahr 2004 die Begünstigung für nicht entnommene Gewinne in Anspruch genommen haben, dürfen Sie im Jahr 2005 – unabhängig von einer neuerlichen Inanspruchnahme der Begünstigung für das Jahr 2005 – <b>nur Entnahmen in Höhe des Gewinnes 2005</b> tätigen. Sollten Sie heuer bereits mehr als den prognostizierten Jahresgewinn 2005 entnommen haben, können die Mehrentnahmen bis zum Bilanzstichtag grundsätzlich durch Einlagen kompensiert werden. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die Finanz nur <b>betriebsnotwendige Einlagen</b> anerkennt (zB Einlagen zur Bezahlung von Betriebsschulden). Wenn die Mehrentnahmen nicht mehr kompensiert werden können, droht eine <b>Nachversteuerung</b> der in der Vergangenheit begünstigt besteuerten Gewinne (maximal bis zur Höhe der Mehrentnahmen).</p>	✓
<p><b>Forschungsfreibetrag (FFB) oder Forschungsprämie</b></p> <p>Der <b>Forschungsfreibetrag „neu“</b> beträgt 25%, die alternativ mögliche <b>Forschungsprämie</b> beträgt 8%. Da der FFB bei Kapitalgesellschaften nur eine KöSt-Ersparnis von 6,25% (25% KöSt von 25% FFB) bringt, ist die Forschungsprämie in diesem Fall günstiger. Gefördert werden generell Aufwendungen „zur Forschung und experimentellen Entwicklung“ (dh sowohl Grundlagenforschung als auch angewandte und experimentelle Forschung im Produktions- und Dienstleistungsbereich, zB auch Aufwendungen für bestimmte Softwareentwicklungen und grundlegend neue Marketingmethoden).</p> <p>Für durch das BMWA bescheinigte Aufwendungen für volkswirtschaftlich wertvolle Erfindungen kann nach wie vor der „<b>alte</b>“ FFB von 25% geltend gemacht werden, der insoweit 35% beträgt, als der Forschungsaufwand im Vergleich zum Durchschnitt der letzten drei Jahre gestiegen ist.</p> <p><b>TIPP:</b> Beim FFB „neu“ bzw bei der <b>Forschungsprämie</b> sind im Gegensatz zum FFB „alt“ auch die Ausgaben für nachhaltig für die Forschung eingesetzte <b>Investitionen</b> begünstigt.</p> <p><b>TIPP:</b> Ab 2005 gibt es eine neue Forschungsförderung für <b>Auftragsforschung</b>, die vor allem KMUs zu Gute kommen soll, die Forschungsaufträge extern vergeben.<sup>1</sup> Für <b>ab 1.1.2005 erteilte Forschungsaufträge bis zu 100.000 €</b> an bestimmte Forschungseinrichtungen kann ebenfalls der <b>25%ige FFB „neu“</b> oder die 8%ige Forschungsprämie geltend gemacht werden. Voraussetzung ist, dass der Auftraggeber bis zum Ablauf seines Wirtschaftsjahres dem Auftragnehmer (also der beauftragten Forschungseinrichtung) nachweislich mitteilt, bis zu welchem Ausmaß er selbst die Forschungsbegünstigung in Anspruch nimmt. Der Auftragnehmer ist insoweit von der Forschungsbegünstigung ausgeschlossen.</p>	✓
<p><b>1.000 € Lehrlingsausbildungsprämie für jeden noch 2005 eingestellten Lehrling</b></p> <p>Wer heuer noch Lehrlinge einstellt, kann sich für jeden Lehrling noch 1.000 € steuerfreie Lehrlingsausbildungsprämie vom Finanzamt holen. Diese Prämie steht überdies in weiterer Folge in jedem Kalender- bzw Wirtschaftsjahr zu, in dem das Lehrverhältnis aufrecht ist. Voraussetzung für die Prämie ist, dass das Lehrverhältnis nach der Probezeit in ein definitives Lehrverhältnis umgewandelt wird.</p>	✓
<p><b>Ende der Aufbewahrungspflicht für Bücher und Aufzeichnungen aus 1998</b></p> <p>Zum 31.12.2005 läuft die <b>7-jährige Aufbewahrungspflicht</b> für Bücher, Aufzeichnungen, Belege und Geschäftspapiere des Jahres 1998 aus. Diese können daher ab 1.1.2006 vernichtet werden. Beachten Sie aber, dass die Unterlagen dann weiter aufzubewahren sind, wenn sie in einem anhängigen Berufungsverfahren von Bedeutung sind, dass Aufzeichnungen und Unterlagen, die Grundstücke betreffen, wegen allfälliger Vorsteuerrückverrechnungen <b>bis zu 22 Jahre</b><sup>2</sup> aufbewahrungspflichtig sind und dass laut Handelsgesetzbuch (HGB) Unterlagen dann weiter aufzubewahren sind, wenn sie für ein anhängiges gerichtliches oder behördliches Verfahren, in dem Ihnen Parteistellung zukommt, von Bedeutung sind.</p> <p><b>TIPP:</b> Falls der Papierberg zu groß wird, kann man die Buchhaltungsunterlagen platzsparend auch <b>elektronisch archivieren</b>. Beachten Sie dabei, dass für auf Datenträgern gespeicherte Buchhaltungsunterlagen die inhaltsgleiche, vollständige und geordnete Wiedergabe bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist jederzeit gewährleistet sein muss.</p>	✓

<sup>1</sup> § 4 Abs 4 Z 4b EStG idF BGBl I 2005/103.

<sup>2</sup> § 18 Abs 10 UStG 1994 idF BGBl I 2004/27 ab 1.5.2004.

<p><b>Bildungsfreibetrag (BFB) oder Bildungsprämie</b>          Zusätzlich zu den für die Mitarbeiter aufgewendeten <b>externen Aus- und Fortbildungskosten</b> können Unternehmer einen <b>Bildungsfreibetrag</b> in Höhe von <b>20%</b> dieser Kosten geltend machen. Für innerbetriebliche Aus- und Fortbildungseinrichtungen können die Aufwendungen nur bis zu einem Höchstbetrag von 2.000 € pro Tag für den 20%igen BFB berücksichtigt werden.  <b>TIPP:</b> Alternativ zum BFB für externe Aus- und Fortbildungskosten kann eine <b>6%ige Bildungsprämie</b> geltend gemacht werden. Für interne Aus- und Fortbildungskosten steht die alternative Prämie nicht zu.</p>	✓
<p><b>Energieabgabenvergütung: Anträge für 2000 bis 31.12.2005 stellen!</b>          Anträge auf <b>Vergütung von Energieabgaben</b> müssen <b>spätestens bis zum Ablauf von fünf Jahren ab Vorliegen der Voraussetzungen</b> gestellt werden. Nicht nur Produktionsbetriebe, sondern auch Dienstleistungsbetriebe mit hohem Energieverbrauch (zB Solarien, Hotels, Wäschereien etc) sollten den Antrag für 2000 noch zeitgerecht stellen, da die im Jahr 2000 noch gegebene gesetzliche Beschränkung auf Produktionsbetriebe mit hoher Wahrscheinlichkeit <b>gemeinschaftsrechtswidrig</b> ist. Diesbezüglich ist seit August 2004 ein Verfahren beim Europäischen Gerichtshof anhängig.</p>	✓
<p><b>GSVG-Befreiung für „Kleinstunternehmer“ bis 31.12.2005 beantragen</b>          Bestimmte „kleine Gewerbetreibende“ können sich <b>bis spätestens 31.12.2005</b> rückwirkend für das laufende Jahr auf Antrag von der <b>Kranken- und Pensionsversicherung nach GSVG befreien</b> lassen, wenn die <b>steuerpflichtigen Einkünfte nicht höher als 3.881,52 €</b> und der <b>Jahresnettoumsatz maximal 22.000 €</b> betragen hat. Antragsberechtigt sind Jungunternehmer (maximal 12 Monate GSVG-Pflicht in den letzten fünf Jahren), Männer über 65 Jahre, Frauen über 60 Jahre oder Personen über 57 Jahre, wenn sie in den letzten fünf Jahren die obigen Grenzen nicht überschritten haben.</p>	✓
<p><b>Spenden aus dem Betriebsvermögen</b>  <b>Spenden aus dem Betriebsvermögen</b> an bestimmte im Gesetz genannte <b>begünstigte Institutionen</b> (insbesondere an Forschungseinrichtungen und der Erwachsenenbildung dienende Lehrinrichtungen, an Universitäten, diverse Fonds, Museen, Bundesdenkmalamt etc) sind bis maximal 10% des Gewinnes des unmittelbar vorangegangenen Wirtschaftsjahres steuerlich absetzbar. Damit derartige Spenden noch im Jahr 2005 abgesetzt werden können, müssen sie bis spätestens 31.12.2005 getätigt werden.          Auch <b>Geld- und Sachspenden bei (nationalen und internationalen) Katastrophenfällen</b> (insbesondere bei Hochwasser-, Erdbeben-, Vermurungs- und Lawinenschäden) sind seit 2002 als <b>Betriebsausgaben absetzbar</b> (und zwar betraglich unbegrenzt), allerdings unter der Voraussetzung, dass sie der <b>Werbung</b> dienen und werblich entsprechend vermarktet werden.</p>	✓

<b>Steuertipps für Arbeitgeber und deren Mitarbeiter</b>	
<p><b>Optimale Ausnutzung des Jahressechstels mit 6% Lohnsteuer</b>          Wenn neben den regelmäßigen Monatsbezügen noch andere Bezüge (wie zB Überstundenvergütungen, Nachtarbeitszuschläge, Schmutz-, Erschwernis- und Gefahrezulagen etc) zur Auszahlung oder etwa Sachbezüge nur zwölfmal jährlich zur Verrechnung gelangen, dann wird das <b>Jahressechstel</b> durch Urlaubs- und Weihnachtsgeld in der Regel <b>nicht optimal ausgenutzt</b>. In diesem Fall könnte in Höhe des <b>restlichen Jahressechstels</b> noch eine <b>Prämie</b> ausbezahlt werden, die nur mit 6% versteuert werden muss.</p>	✓
<p><b>Prämien für Diensterfindungen und Verbesserungsvorschläge mit 6% Lohnsteuer</b>          Für die steuerbegünstigte Auszahlung (mit 6% Lohnsteuer) der <b>Prämien für Diensterfindungen und Verbesserungsvorschläge</b> steht ein zusätzliches, <b>um 15% erhöhtes Jahressechstel</b> zur Verfügung. Allzu triviale Ideen werden von den Lohnsteuerprüfern allerdings nicht als prämienswürdige Verbesserungsvorschläge anerkannt.</p>	✓

<p><b>Zukunftssicherung für Dienstnehmer bis 300 € steuerfrei</b>  Die Bezahlung von Prämien für Lebens-, Kranken- und Unfallversicherungen (einschließlich Zeichnung eines Pensions-Investmentfonds) durch den Arbeitgeber für alle Arbeitnehmer oder bestimmte Gruppen ist bis zu 300 € pro Jahr und Arbeitnehmer nach wie vor steuerfrei.  <b>Achtung:</b> Wenn die ASVG-Höchstbeitragsgrundlage noch nicht überschritten ist, besteht für die Zahlungen, wenn sie aus einer Bezugsumwandlung stammen, Sozialversicherungspflicht.</p>	✓
<p><b>Mitarbeiterbeteiligung bis 1.460 € steuerfrei</b>  Für den Vorteil aus der <b>unentgeltlichen oder verbilligten Abgabe von Beteiligungen</b> am Unternehmen des Arbeitgebers oder an mit diesem verbundenen Konzernunternehmen besteht ein <b>Freibetrag pro Mitarbeiter und Jahr von 1.460 €</b>. Der Vorteil muss allen Arbeitnehmern oder einer bestimmten Gruppe zukommen; die Beteiligung muss länger als 5 Jahre gehalten werden.</p>	✓
<p><b>Weihnachtsgeschenke bis maximal 186 € steuerfrei</b>  (Weihnachts-)Geschenke an Arbeitnehmer sind innerhalb eines Freibetrages von 186 € jährlich lohnsteuer- und sozialversicherungsfrei, wenn es sich um Sachzuwendungen handelt (zB Warengutscheine, Goldmünzen). Geldgeschenke sind immer steuerpflichtig.  <b>Achtung:</b> Wenn die Geschenke an Dienstnehmer über bloße Aufmerksamkeiten (zB Bücher, CDs, Blumen) hinausgehen, besteht Umsatzsteuerpflicht.</p>	✓
<p><b>Betriebsveranstaltungen (zB Weihnachtsfeiern) bis 365 € pro Arbeitnehmer steuerfrei</b>  Für die <b>Teilnahme an Betriebsveranstaltungen</b> (zB Betriebsausflug, Weihnachtsfeier) gibt es pro Arbeitnehmer und Jahr einen <b>Steuerfreibetrag von 365 €</b>. Denken Sie bei der betrieblichen Weihnachtsfeier daran, dass alle Betriebsveranstaltungen des ganzen Jahres zusammengerechnet werden. Ein eventueller Mehrbetrag ist steuerpflichtiger Arbeitslohn.</p>	✓

<b>Steuertipps für Arbeitnehmer</b>	
<p><b>Rückerstattung von Kranken- und Pensionsversicherungsbeiträgen 2002 bei Mehrfachversicherung</b>  Wer im <b>Jahr 2002</b> aufgrund einer <b>Mehrfachversicherung</b> (zB gleichzeitig zwei oder mehr Dienstverhältnisse oder unselbständige und selbständige Tätigkeit) über die Höchstbeitragsgrundlage hinaus Kranken- und Pensionsversicherungsbeiträge geleistet hat, kann sich diese <b>bis 31.12.2005 rückerstatten</b> lassen (11,4% Pensionsversicherung, 4% Krankenversicherung). <b>Achtung:</b> Die Rückerstattung ist grundsätzlich steuerpflichtig!</p>	✓
<p><b>Werbungskosten noch vor dem 31.12.2005 bezahlen</b>  <b>Werbungskosten</b> müssen bis zum 31.12.2005 bezahlt werden, damit sie heuer noch von der Steuer abgesetzt werden können. Denken Sie dabei insbesondere an Fortbildungskosten (Seminare, Kurse, Schulungen etc samt aller damit verbundenen Nebenkosten, wie Reisekosten und Verpflegungsmehraufwand), Familienheimfahrten, Kosten für eine doppelte Haushaltsführung, Telefonspesen, Fachliteratur, Mitgliedsbeiträge etc. Auch heuer geleistete <b>Vorauszahlungen</b> für derartige Kosten können noch heuer abgesetzt werden. Auch Ausbildungskosten, wenn sie mit der beruflichen oder einer verwandten Tätigkeit in Zusammenhang stehen, und Kosten der Umschulung können als Werbungskosten geltend gemacht werden.</p>	✓
<p><b>Arbeitnehmerveranlagung 2000 sowie Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer des Jahres 2000 beantragen</b>  Wer zwecks Geltendmachung von Werbungskosten, Sonderausgaben oder außergewöhnlichen Belastungen eine <b>Arbeitnehmerveranlagung</b> beantragen will, hat dafür <b>fünf Jahre</b> Zeit. Am 31.12.2005 endet daher die Frist für den Antrag auf Arbeitnehmerveranlagung 2000.  Hat ein Dienstgeber im Jahr 2000 von den Gehaltsbezügen eines Arbeitnehmers zu Unrecht Lohnsteuer einbehalten, kann dieser bis spätestens 31.12.2005 einen <b>Rückzahlungsantrag</b> stellen. Ein Beispiel für zu Unrecht einbehaltene Lohnsteuer ist der Lohnsteuerabzug bei ins Ausland entsandten Mitarbeitern, deren Vergütungen steuerfrei sein können.</p>	✓

<b>Steuertipps für alle Steuerpflichtigen</b>	
<p><b>Sonderausgaben bis maximal 2.920 € (Topf-Sonderausgaben)</b></p> <p>Die üblichen <b>Sonderausgaben</b> dürfen als bekannt vorausgesetzt werden (Kranken-, Unfall- und Lebensversicherungen; Wohnraumschaffung und Wohnraumsanierung; junge Aktien und Genussscheine; Wohnbauaktien und Wohnbauwandelschuldverschreibungen, deren Erträge überdies bis zu 4% des Nominales weiterhin KEST-frei sind). Für Alleinverdiener oder Alleinerzieher verdoppelt sich der persönliche Sonderausgaben-Höchstbetrag von 2.920 € auf 5.840 €. Ab drei Kinder erhöht sich der Sonderausgabentopf um 1.460 € pro Jahr. Allerdings wirken sich die Topf-Sonderausgaben nur zu einem <b>Viertel</b> einkommensmindernd aus. Ab einem Einkommen von 36.400 € vermindert sich auch dieser Betrag, <b>ab einem Einkommen von 50.900 €</b> stehen überhaupt <b>keine Topf-Sonderausgaben</b> mehr zu.</p>	✓
<p><b>Sonderausgaben ohne Höchstbetrag</b></p> <p>Ohne Höchstbetragsbegrenzung, unabhängig vom Einkommen und neben dem Sonderausgabentopf sind etwa <b>Nachkäufe von Pensionsversicherungszeiten</b> (Kauf von Schul- und Studienzeiten) und <b>freiwillige Weiterversicherungsbeiträge in der Pensionsversicherung</b> absetzbar.</p>	✓
<p><b>Renten, Steuerberatungskosten und Kirchenbeitrag</b></p> <p>Unbeschränkt absetzbare Sonderausgaben sind auch bestimmte <b>Renten</b> (zB Kaufpreisrenten nach Ablauf bestimmter steuerlicher Fristen) sowie <b>Steuerberatungskosten</b>. <b>Kirchenbeiträge</b> sind mit einem jährlichen Höchstbetrag von 100 € begrenzt.</p>	✓
<p><b>Spenden als Sonderausgaben</b></p> <p><b>Spenden</b> an bestimmte <b>begünstigte Organisationen</b> (insbesondere Forschungs- und der Erwachsenenbildung dienenden Lehreinrichtungen, Universitäten, diverse Fonds, Museen, Bundesdenkmalamt etc) sind nicht mit einem absoluten Höchstbetrag, sondern mit <b>10% des Vorjahreseinkommens</b> begrenzt.</p>	✓
<p><b>Spenden von Privatstiftungen</b></p> <p><b>Spendenfreudige Stiftungsvorstände</b> können heuer erstmals auch <b>KEST-frei</b> aus dem Vermögen der Stiftung spenden. Dies gilt aber auch nur für die vorstehend genannten begünstigten Spendenempfänger.</p>	✓
<p><b>Außergewöhnliche Belastungen noch 2005 bezahlen</b></p> <p><b>Außergewöhnliche Ausgaben</b> zB für <b>Krankheiten und Behinderungen</b> (Kosten für Arzt, Medikamente, Spital, Betreuung), für Zahnbehandlungen oder medizinisch notwendige Kuraufenthalte können, soweit sie von der Versicherung nicht ersetzt werden, im Jahr der Bezahlung steuerlich als außergewöhnliche Belastungen abgesetzt werden. Steuerwirksam werden solche Ausgaben jedoch erst dann, wenn sie insgesamt einen vom Einkommen und Familienstand abhängigen <b>Selbstbehalt</b> übersteigen. Bestimmte außergewöhnliche Belastungen (zB Behinderungen/Krankheiten, Katastrophenschäden, Kosten der auswärtigen Berufsausbildung der Kinder) sind ohne Kürzung um einen Selbstbehalt absetzbar.</p>	✓
<p><b>Spekulationsverluste realisieren</b></p> <p>Wer im Jahr 2005 einen <b>steuerpflichtigen Spekulationsgewinn</b> (über die Freigrenze von 440 € hinaus) realisiert hat (bei Liegenschaften beträgt die Spekulationsfrist im Regelfall 10 Jahre, sonst 1 Jahr), sollte überprüfen, ob dieser nicht noch durch die <b>Realisierung eines Spekulationsverlustes</b> ausgeglichen werden kann. Zu diesem Zweck könnten zB Aktien, mit denen man derzeit im Minus ist und die in den letzten 12 Monaten erworben wurden, verkauft werden. Der so realisierte Spekulationsverlust kann dann mit den steuerpflichtigen Spekulationsgewinnen des Jahres 2005 gegen verrechnet werden. Selbstverständlich hindert Sie niemand daran, die Aktien einige Tage später wieder zurück zu kaufen.</p>	✓
<p><b>Prämie 2005 für Zukunftsvorsorge und Bausparen lukrieren</b></p> <p>Wer als aktiv Erwerbstätiger heuer noch mindestens 2.000 € in die <b>staatlich geförderte Zukunftsvorsorge</b> investiert, erhält für 2005 die mögliche Höchstprämie von 9%, das sind 180 €. Wer lieber in ein klassisches Sparprodukt investiert, sollte ans <b>Bausparen</b> denken: Für einen maximal geförderten Einzahlungsbetrag von 1.000 € pro Jahr gibt es (derzeit) eine staatliche Prämie von 35 €</p>	✓